

Sinken die Energiepreise wirklich, wenn der EZB-Leitzins steigt?

Lagarde und der Ölpreis

Noch vor einem Jahr meinte EZB-Chefin Christine Lagarde, daß die Zinspolitik keinen Einfluß auf die Energiepreise habe. Diese seien die Haupttreiber der Inflation, sie würden aber am Weltmarkt gebildet, im wesentlichen über Dollar-notierte Futures-Kontrakte auf Öl. Nun wartet jedoch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Wochenbericht 8/23) mit der Aussage auf, die EZB könne mit einer Leitzinsanhebung die Ölpreise sehr wohl beeinflussen. Da Euroland ein bedeutsamer Ölverbraucher sei, werde die Weltnachfrage spürbar nachgeben, wenn die wirtschaftliche Aktivität im Euroraum sinkt. Mit einem Zinsschritt würden Kredite teurer, so daß weniger investiert, gebaut und auf Pump konsumiert werde. Daher falle die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, somit die Nachfrage nach Vorprodukten wie dem Öl.



von Reiner Osbild

„Bei einer Aufwertung würden die Exporte der Euro-Staaten teurer für Nicht-Euro-Länder.“

Der Gegeneffekt, der aus einer Aufwertung des Euro entstehe – in Euro gerechnet wird Öl noch billiger –, belebe die Ölnachfrage nicht gleichermaßen, so daß sich unterm Strich ein niedrigerer Weltölpreis einstelle. Offenbar wurde nicht ins Kalkül gezogen, daß die Anbieter auf einen Preisrückgang beim Öl auch mit einer Drosselung der Förderung antworten könnten. Wenn zudem der Euro aufwertet, werten andere Währungen ab – und diese Länder würden doppelt profitieren: erstens mit einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte am Weltmarkt, zweitens über eine auch für sie geltende Entlastung bei den Welt-Energiepreisen. Außerdem: Infolge einer Euroaufwertung würden Euro-Exporte teurer für Nicht-Euro-Länder – und Importgüter würden preiswerter. Die Euro-Preise japanischer und südkoreanischer Autos würden zu Lasten der einheimischen Industrie sinken. Die DIW-

Forscher rechnen damit, daß auch die Inflationserwartungen zurückgehen würden. Davon ist erst wenig zu spüren. Verdi unterstreicht die Forderung nach 10,5 Prozent mehr Geld im öffentlichen Dienst durch zahlreiche Warnstreiks. Allerdings kann dieses Plus auch dann erreicht werden, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Jahren jeweils fünf bis sechs Prozent herauspringen, was – von der Größenordnung her – einer Umfrage des Ifo-Instituts über erwartete Lohnzuwächse entspricht. Wenn sich angesichts des anhaltenden Fachkräftemangels und explodierender Wohnkosten eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzt, ist das eine reale Gefahr für die Geldwertstabilität.

Und: Das DIW modelliert nur unerwartete Zinsanhebungen. Das wären im vorliegenden Kontext überraschend starke Zinsschritte, die die Renditen von Euro-Anleihen unerwartet befeuern würden. Denn je höher der Leitzins, desto höher müßten auch die Zinsen auf festverzinsliche Anleihen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand ausfallen, um mithalten zu können. Ob dann aber eine Euro-Aufwertung erfolgt, ist fraglich. Denn auch das Risiko fließt in die Renditeerwartungen der Investoren ein; eine kräftige Zinssteigerung im Euroraum würde das Insolvenzrisiko für Firmen und öffentliche Kreditnehmer – Stichwort Südeuropa – stark erhöhen.

Was nützen höhere Renditen, wenn sie wegen Zahlungsunfähigkeit des Schuldners nicht realisiert werden können? Daher ist die Option, die Inflation mit kräftigen Zinsschritten zu bekämpfen, nicht nur von der Wirkung her ungewiß, sondern auch mit bedeutenden Nebenwirkungen verbunden.

Prof. Dr. Reiner Osbild ist Ökonom und Ordinarius an der Hochschule Emden/Leer.



Zerstörtes Haus im ukrainischen Dnipro (Dnjepropetrowsk): Wer muß bezahlen?

Nichts ist ohne Eigennutz

US-Politik: Das neue Leih- und Pachtgesetz zur Verteidigung der Demokratie in der Ukraine

DIRK MEYER

Innerhalb des ersten Kriegsjahres hat die Ukraine ausländische Hilfen von 173,6 Milliarden Euro erhalten. Das ist etwas mehr als die Wirtschaftsleistung des 42-Millionen-Einwohner-Landes von 2021. Größter Geldgeber waren laut Berechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) mit umgerechnet 73,2 Milliarden Euro die USA. Seit Kriegsbeginn haben die Amerikaner Rüstungsgüter im Umfang von 44,3 Milliarden Euro geliefert bzw. zugesagt (Stand Januar 2023). Bislang flossen die Hilfen aus Haushaltsmitteln, die der US-Kongreß freigegeben hat – also als Beistand ohne Gegenleistung der Ukraine.

Militärische Unterstützung ohne Abstimmung des US-Kongresses

Doch das könnte sich ändern, denn die Republikaner-Mehrheit im Repräsentantenhaus könnte die bisherige Freigebigkeit einschränken. Das brächte aber nicht das Ende der Militärhilfe: Im Dezember 2021 wurde der „Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act of 2022“ initiiert, der im April vom US-Kongreß gebilligt und am symbolträchtigen 9. Mai 2022 – dem russischen Feiertag des Sieges 1945 über Deutschland – von Joe Biden unterschrieben wurde. Dieses „Leih- und Pachtgesetz“ ermächtigt den US-Präsidenten, Waffen durch Leasingverträge zur Verfügung zu stellen – und das bringt finanzielle Verpflichtungen für die Ukraine.

Historisches Vorbild ist der „Lend-Lease Act“ vom März 1941, der zugleich verschiedene Neutralitätsgesetze aufhob, die ein Verbot jeglicher Unterstützung von Kriegsparteien beinhalteten. Das Gesetz wurde notwendig, da Großbritannien damals weder materiell noch finanziell in der Lage war, militärisch gegen die Achsenmächte zu bestehen. US-Präsident Franklin D. Roosevelt konnte so später auch der Sowjetunion oder China kriegswichtige Güter liefern. Drei Dutzend Länder – darunter auch Äthiopien, Brasilien, Mexiko, Kuba, Saudi-Arabien oder die Türkei – wurden beliefert, der Gesamtumfang lag bei 48,4 Milliarden Dollar (Kaufkraft heute: über 800 Milliarden Dollar).

Die finanzielle Belastung wurde durch Leasing (Miete) geringgehalten, eine kostenlose Nutzung jedoch vermieden. Nach Kriegsende 1945 wurde noch vorhandenes Kriegsgerät den Briten für zehn Prozent des Anschaffungswertes überlassen. Die zu zwei Prozent verzinsten Lend-Lease-Kredite (insgesamt 31,4 Milliarden Dollar) hat Großbritannien bis 2006 zurückgezahlt. Die sowjetischen Lend-Lease-Kredite (elf Milliarden Dollar) wurden zum Großteil mit Rohstofflieferungen kompensiert.

Das Leih- und Pachtgesetz von 2022 ermächtigt Biden, „Abkommen mit der Regierung der Ukraine zu schließen, um dieser Regierung Verteidigungsgüter zu leihen oder zu vermieten, um die Zivilbevölkerung in der Ukraine vor einer russischen Militärinvasion zu schützen, und für andere Zwecke“. Ohne Zustimmung des Kongresses können so militärische Güter unkompliziert und sehr kurzfristig an die Ukraine geliefert werden. Der Begriff der „Verteidigungsgüter“ ist sehr weit gefaßt. Er beinhaltet neben Waffen und Munition auch Aus-

rüstungen und die Bevorratungen von Ersatzteilen. Hinzu treten „Verteidigungsdienstleistungen“ wie Reparaturen, die Ausbildung an Militärademien und zivilen Einrichtungen, das Training ukrainischer Soldaten, technische und logistische Unterstützungen sowie Informationen (Aufklärung, Zielortung).

Das Gesetz ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Neben der Ukraine können auch andere osteuropäische Länder auf dieser Grundlage beliefert werden. Die Leih- und Leasingfrist ist auf maximal fünf Jahre begrenzt. Danach müssen die Güter zurückgegeben werden – was bei Kriegsgerät naturgemäß eher schwierig ist. Hier sehen die Verträge spezielle Regulierungen vor. Im Falle einer Beschädigung sind die Kosten für die Wiederherstellung oder Wiederbeschaffung an die USA zu erstatten. Bei Zerstörung oder Verlust müßte die Ukraine einen Betrag in Höhe der Wiederbeschaffungskosten (abzüglich der Wertminderung) zahlen – in Dollar. Jedoch kann auf die Erstattung der Wertminderung bei Gütern verzichtet werden, die drei Viertel ihrer normalen Lebensdauer überschritten haben, „wenn der Präsident feststellt, daß dies für die nationalen Sicherheitsinteressen“ der USA wichtig ist.

Die Leasing-Rechnung könnten auch die Europäer begleichen

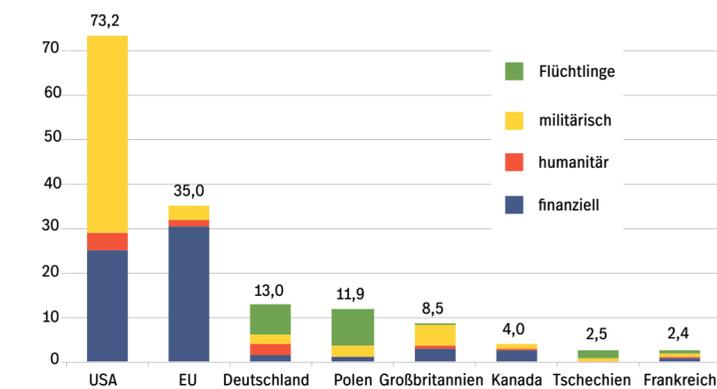
All das hat vier Vorteile: Der US-Haushalt wird geschont, die finanzielle Last der Ukraine wird in die Zukunft verschoben, es kann schnell unterstützt werden, und die Neutralität der USA als Nicht-Kriegspartei dürfte – pro forma – besser als derzeit gewährleistet bleiben. Allerdings sind die damit erzeugten Abhängigkeiten unverkennbar. Wenn die Militärgüter zerstört oder beschädigt werden, muß Kiew dafür zahlen – notfalls über Jahrzehnte. Oder die Europäer springen ein. Auch könnte ein Verzicht auf Erstattungsansprüche an politisches Wohlverhalten oder die Vorzugsbehandlung von US-Firmen beim Wiederaufbau gekoppelt werden.

So berät ein BlackRock-Team die Kiewer Regierung bereits bei der Strukturierung des Nachkriegsaufbaus: Man sei übereingekommen, „sich in nächster Zeit auf die Koordinierung der Bemühungen aller potentiellen Investoren und Teilnehmer am Wiederaufbau unseres Landes zu konzentrieren und die Investitionen in die wichtigsten und wirkungsvollsten Sektoren der ukrainischen Wirtschaft zu lenken“, erklärten Firmenchef Larry Fink und Präsident Wolodymyr Selenskyj am 28. Dezember 2022. Ob auch geplant ist, hierfür im Rahmen einer „alliierten Arbeitsteilung“ die EU-Gelder aus dem Wiederaufbauplan „Rebuild Ukraine“ einzusetzen?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Westliche Hilfszahlungen für den Ukraine-Krieg

bis Januar 2023 in Milliarden Euro



GRAFIK: QUELLE: KIEL WORKING PAPER 22/1623

Sollten gesetzlich Versicherte jährlich 2.000 Euro selbst bezahlen?

Angriff auf den Normalbürger

Von Jörg Fischer

Wer über 5.550 Euro im Monat verdient und keine Vorerkrankungen hat, kann Mitglied der privaten Krankenversicherung (PKV) werden. Da in der Regel nur Gesunde aufgenommen werden, ist der PKV-Beitrag niedriger als der Höchstbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Allerdings sind jährliche Selbstbeteiligungen von 500 bis 2.000 Euro üblich – das soll die PKV-Versicherten animieren, nur im Notfall zum Arzt zu gehen. Bernd Raffelhüschen, bis 2020 Aufsichtsrat des Versicherungskonzerns Ergo, will letzteres auf die GKV übertragen: „Wir können uns das System nicht mehr leisten“, behauptete der Freiburger Ökonomprofessor in der Bild-Zeitung. Die GKV-Ausgaben stiegen jährlich um 10 bis 20 Milliarden Euro. Der GKV-Beitrag könnte daher in zwölf Jahren von jetzt 16,2 auf 22 Prozent ansteigen.

Raucher oder Übergewichtige müßten sogar mit noch höherer Selbstbeteiligung rechnen. Skifahrer sollten ihren Beinbruch selbst bezahlen – PKV-Mitglieder sind da besser dran. Die teilweise Beitragsrückerstattung, wenn der Manager nachwuchs ein halbes Jahr keine Arztrechnung einreicht, gibt es in der künftigen Raffelhüschen-

GKV aber nicht. Aus dem christlich-sozialen Motto „Starke Schultern können und müssen mehr tragen“ soll das darwinsche „Survival of the Fittest“ werden – und das gibt der 65jährige selbst zu: „Die größten Verlierer der Reform werden die künftigen Senioren sein. Sie müssen mehr aus eigener Tasche bezahlen.“ Profitieren würden Firmen und toptitte Beschäftigte: Ihre GKV-Pflichtbeiträge würden tatsächlich „langsamer steigen als ohne Reform“. Asyleinwanderer, Bürgergeldempfänger und Geringverdiener müssen sich auch keine Sorgen machen: Sie muß der Steuerzahler selbstverständlich mit Zuschüssen unterstützen, verspricht Raffelhüschen.

Doris Pfeiffer, Chefin des GKV-Spitzenverbandes, hat schon vor einem Jahr vor einer Finanzierungslücke gewarnt – aber nicht zu einem Generalangriff auf den arbeitenden Normalbürger oder Rentner geblasen: Ausgabendeckende GKV-Beiträge für Hartz-IV-Empfänger würden Mehreinnahmen von bis zu zehn Milliarden Euro bringen. Zudem könnte eine dauerhafte Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel von 19 auf sieben Prozent jährlich sechs Milliarden Euro sparen. Und davon hätten sogar privatversicherte Professoren etwas.

Teil 1
9,95 Euro

DVD Mythos Klimakatastrophe
Best.-Nr. 94396, 9,95 Euro

Teil 2
9,95 Euro

DVD Mythos Energiewende
Best.-Nr. 95132, 9,95 Euro

Teil 3 NEU
14,95 Euro ab Mitte März

Warum die Energiewende gescheitert ist

„Die Grüne Energiekrise – Energiepreis, Gas-Desaster, verbotene Lösungen“ ist der 3. und letzte Teil der Doku-Reihe Medienmythen von JF-TV. In spannenden und unterhaltsamen 100 Minuten zeigt Marco Pino die Zusammenhänge von Energiepreisentwicklung, Gas-Desaster und den Lösungen all dieser Probleme auf, die viele Teile der Welt nutzen, aber in Deutschland „verboten“ sind. Ob wir uns das leisten können? Diese Doku liefert Fakten und Argumente.

DVD-Paket Teile 1-3
29,95 Euro

Alle 3 Teile
Best.-Nr. 96301, 29,95 Euro

DVD Die grüne Energiekrise
Spieldauer: 100 Min.
Best.-Nr. 96300, 14,95 Euro
Erscheint Mitte März

Auch auf **ON DEMAND** kaufen oder ausleihen